

## Haushaltsrede 22/23 Zählergemeinschaft Grüne/Linke

Die Pandemie hält uns im Griff und schränkt unsere Gestaltungsmöglichkeiten ein. Ihre Folgen sind in ihrer Gänze noch nicht absehbar. Kontaktbeschränkungen, Kurzarbeit, Materialmangel, Inflation drücken auf die Stimmung und leeren unseren Geldbeutel. Uns fehlen seit fast zwei Jahren wichtige persönliche Kontakte, privat und beruflich. Unsere Städte-Partnerschaften laufen, wenn überhaupt, dann digital.

Neben der Bewältigung der Pandemie, gilt es aber auch die ebenso bedrohlichen Auswirkungen der Klimakrise weiter zu bekämpfen.

Deren Folgen mussten vor allem die Kleinstenbacher:innen im Sommer schmerzlich erleben. Aber auch unser Wald hat sich aufgrund der Trockenheit der letzten Hitzejahre nicht erholt. Zukünftig wird der Wald keine wirtschaftlichen Gewinne generieren. Wir sehen seine Zukunft in seiner Funktion als CO<sub>2</sub>-Speicher und als Naherholungsgebiet. Beides gilt es zu erhalten und zu fördern.

Der Mensch und die Natur leiden. Die Finanzlage ist nicht rosig. Wir müssen verantwortungsbewusst in kommunale Herausforderungen investieren – da, wo es sinnvoll und zukunftsfähig ist für die Generationen nach uns.

Grundsätzlich gilt für die Zählergemeinschaft Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke:

Streichungen angemeldeter Mittel in folgenden Bereichen sind für uns **nicht** vertretbar: ...

- Kinderbetreuung
- Schulen
- Spielplatzkonzept und dessen Umsetzung
- Mobilitätskonzept einschließlich der Umsetzung des Radwegekonzepts
- Ausgaben für Klimaschutz (Klimaneutralität) nach Vorgaben der Klimaoffensive
- Ausgaben, die sich aus Vorgaben des Gemeindeentwicklungskonzepts (GEK) Pfintztal 2035 ergeben
- Ausgaben für die Daseinsfürsorge

Insbesondere die Aufrechterhaltung des Präsenzunterrichts und die uneingeschränkte Öffnung von Kitas und Horten stellte die Gemeinde vor eine Herausforderung. Die jetzige Lage zeigt, dass die im Sommer durch den Gemeinderat getroffene Entscheidung, Luftfilteranlagen für Schulen bereitzustellen, eine wichtige Investition darstellt. Unser Anliegen als Zählergemeinschaft ist es, Familien in dieser schwierigen Zeit zu entlasten und Maßnahmen zu ergreifen, auf die wir in der Kommunalpolitik Einfluss nehmen können.

Die Förderung der Vereine während dieses Jahres erfolgte durch einen zusätzlich im Haushalt eingestellten Betrag. Dieser konnte als Corona-Hilfsfond von allen Vereinen, die aufgrund der Pandemie Ausfälle zu verzeichnen hatten beantragt werden. Auf unseren Antrag der Zählergemeinschaft (sowie gleichlautend der SPD) wurde die Einstellung von 20.000 Euro für den Karlsruher Pass und das damit verbundene 9-Uhr-Ticket der KVV mehrheitlich im Rat beschlossen.

Gerne geben wir Geld aus für ...

- das Vermeiden unzumutbarer Belastungen der Einwohner:innen Pfinztals angesichts der momentanen Lage durch allgemeine Kostensteigerungen.
- das Sozialplanungskonzept des neu einzurichtenden Sozialbüros im barrierefrei zugänglichen neuen Rathaus

Gefreut hat uns der breite Konsens im Gemeinderat, die **Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer** nicht zu erhöhen.

Es wurden in zum Teil kontrovers geführten Haushaltsberatungen viele geplante bzw. angemeldete Ausgaben reduziert oder verschoben. Machen wir uns nichts vor: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Was uns grundsätzlich bei den Haushaltsberatungen aufgefallen ist: Sinnvolle Positionen wie Planungskosten für Sachverständige (Gutachterkosten) wurden teilweise gestrichen. Diskutiert wurde oft über kleine Beträge zur Kostensenkung. Der Posten aber mit der Ordnungsziffer (OZ) 163, Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs Bahnhof Söllingen, der uns im HH-Jahr 22/23 mit 1 Mio € und zukünftig mit voraussichtlich 10 Mio € am meisten belasten wird, bleibt nach wie vor unangetastet.

In der letzten 2019 mit einer Stimme Mehrheit gefassten Gemeinderatsentscheidung zum Bauvorhaben wurde eine „Luxus“-Variante beschlossen. Diese kann sich die Gemeinde weder finanziell, noch im Hinblick auf die Klimaoffensive leisten. Die Rahmenbedingungen haben sich geändert.

Neue politische und gesetzliche Ausgangslagen vom Jahr 2021 sollten Berücksichtigung finden. Wir fragen uns, ob die mittlerweile klar ersichtliche ärgerliche und unbeschreiblich kostenintensive Fehlentscheidung für die Luxusvariante mit Abstrichen noch korrigierbar ist.

Deshalb haben wir beantragt, dass **die Gemeinde die Annahmen der Beschlusslage zur Bahnüberführung Söllingen von 2008 auf Aktualität und Notwendigkeit durch ein unabhängiges Rechtsanwaltsbüro überprüfen lässt mit dem Ziel der Kostenreduzierung.**

**Dabei sollten zu erwartende Kosten und Folgekosten einer Beibehaltung der projektierten Baumaßnahme zum Bahnübergang (BÜ) Söllingen abgeschätzt werden.**

Wir wollten die Chance nutzen, bestimmte **Planungsinhalte** (z. B. PKW-Unterführung oder Personenaufzüge) zu hinterfragen. Zielsetzung sollte sein, bestimmte Annahmen von 2008 auf Aktualität und Notwendigkeit überprüfen zu lassen, um die Kosten zu reduzieren und **alternative Lösungen** vorzuschlagen.

Weiter hat sich gezeigt, dass die erwartete hohe Verkehrsbelastung der Wesebachstraße durch die Sperrung des Bahnübergangs für Fahrzeuge nicht eingetreten ist. Das von den Befürworter:innen der großen Lösung erwartete Verkehrschaos ist seit der Schließung des Bahnübergangs ausgeblieben.

Uns geht es hierbei nicht um Machtpolitik. Uns geht es vielmehr darum, die Lage realistisch und ehrlich einzuschätzen. Entscheidungen mit überaus hohen

Folgekosten auf Jahrzehnte hinaus, die sich im Nachhinein als fragwürdig erweisen, sind korrigierbar.

Das ist sicher schmerzhaft. Unnötig ausgegebene Planungsgelder tun weh, dennoch ist eine Änderung der Planungsinhalte mit dem Ziel, unnötig eingestellte Gelder zu vermeiden, für die Gesamtgemeinde Pfinztal letztendlich jede gesparte Mio wert.

Leider ist es uns nicht gelungen, die Mehrheit des GR davon zu überzeugen, diesen Prüfantrag zu stellen.

Auch unser Antrag, Gelder für eine sofort umsetzbare Lösung zur Wiederbelebung der ehemaligen Traditionsgaststätte „Goldener Adler“ mit Außenbereich in Berghausen zu ermöglichen, wurde mehrheitlich abgelehnt.

Während der Beratungen zum Haushalt „2022/23“ gab es zwischenzeitlich einen Beschluss, der **keine** Gelder für einen Bolzplatz in Berghausen vorsah. Zwei Fraktionen hatten die schon 2021 beschlossenen Gelder für die Kohlerwiese dafür wieder zurückgenommen, da sie Probleme mit dem Standort sahen. Zum Glück wurde diese Fehlentscheidung noch erkannt und Planungskosten zur Standortklärung genehmigt. Wir bezweifeln, dass ein geeigneterer alternativer Standort gefunden wird. Die aktuell vom Ortschaftsrat-Berghausen getroffene (Fehl)-Entscheidung den Ballspielplatz in der Tannenstraße an Sonn- und Feiertagen zu schließen, hat wieder bestätigt, wie konfliktreich sich Ballspiel- und Bolzplätze in der Nähe von Wohnbebauung darstellen. Viele Anrainer:innen haben kein Verständnis für den Lärm, den Kinder und Jugendliche beim Spielen erzeugen. Wir befürchten eine für unsere Jugendlichen fatale Zeitverzögerung durch die von anderen Fraktionen geforderte Alternativenprüfung. Die Vorschläge der Jugendbeteiligung sollten unbedingt aufgegriffen werden und zwar bald, damit diejenigen, die ihre Vorstellungen zum „Bolzplatz Kohlerwiese“ eingebracht haben auch deren Umsetzung noch als Jugendliche erleben dürfen.

Von 2020 bis 2021 wurde sehr viel für eine Klima(anpassungs)strategie auf den Weg gebracht und angestoßen.

Dazu gehören

- Mobilitätskonzept (Masterplan Mobilität)
- Freiflächenkonzept
- Spielplatzkonzept
- Baumförderung und Biodiversitätskonzept
- Baulandstrategie, die sich dem Klimaschutz verpflichtet fühlt (z.B. urbane Gebiete flächenschonend innerorts ausweisen, pfiffige Ideen für bezahlbares Wohnen sammeln)
- Teilnahme am European Energy Award (Förderung erneuerbarer Energien, Energieeffizienz, u.v.m. ...)

Waren diese vielen Erhebungen und Planungskonzeptionen auf allen denkbaren Ebenen nun sinnvoll?

Aus unserer Sicht sollte die Klima(anpassungs)strategie uns Menschen und die uns umgebene Natur/Landschaft im Blick haben. Die neuen Ortsmitten können ein Vorbild für klimagerechte Gestaltung des öffentlichen Bereichs darstellen. Öffentliche Räume sollten Fußgänger:innen, Rad- und Bahn- und Busfahrenden dienen, weniger dem motorisierten Individualverkehr.

Den Spagat zwischen klimagerechtem Bauen und dem Bedarf bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, halten wir für eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben der Gemeinde. Wir sehen eine Neuausrichtung der „Kommunalen Wohnbau“ als ein mögliches Werkzeug, das sich dieser Herausforderung stellen sollte – und zwar vernetzt mit dem Amt für Umwelt- und Stadtentwicklung im Rahmen des Klima(anpassungs)konzepts.

Eine ehrliche **Bürgerbeteiligung** sehen wir als unabdingbare Notwendigkeit, damit Pfinztaler:innen die Ziele des GEK Pfinztal 2035 und der Klimaoffensive mit Leben füllen und sich als aktive *Gemeinschaft* verstehen können. Das geht nur, wenn die Akzeptanz einer Mehrheit die gesetzten Ziele unterstützt. Hier ist noch Raum nach oben. Der LQN-Prozess (LQN = Lebensqualität durch Nähe) ist im Ansatz stecken geblieben. Die Umsetzung der von Bürger:innen erarbeiteten Ergebnisse des GEK stehen an. Das ist die Gemeinde den Workshop-Teilnehmenden von 2018/19 schuldig.

Eine ganzheitliche Sicht auf verschiedene Projekte durch **konzeptionelle Arbeitsweise** verbindet das, was letztendlich zusammengehört. Sie fördert das Ineinandergreifen, die Vernetzung und eine effiziente Umsetzung der anvisierten Maßnahmen. Es geht um **modernes Projektmanagement** und nicht um Stückwerk.

Der **konzeptionelle Weg** ist in der heutigen Zeit in der größten Gemeinde Baden-Württembergs ohne Stadtrecht ein unbedingtes **Muss!**

Wir unterstützen ausdrücklich die bisher geleistete konzeptionelle Arbeit der Verwaltung – vor allem im Bereich Umwelt und Stadtentwicklung und der Klimakommission!

Zweifelsfrei gehörte Geduld dazu, die diversen Ist-Stand-Analysen, deren Auswertungen, die Aufstellung von Zielen und Maßnahmenkatalogen, die innerhalb der Verwaltungsebenen und verschiedenen Fachbereichen zu vernetzen waren abzuwarten, bevor es nun nach und nach in die Umsetzung gehen kann. Diese Geduld aufzubringen sind viele Gemeinderät:innen nicht in der Lage. Wir schon.

Fazit:

Die Zählgemeinschaft steht der Zustimmung zum Haushaltsplan 22/23 kritisch gegenüber.

- Wir könnten den HH-Plan ablehnen, da viele gefasste Beschlüsse nicht unseren Vorstellungen entsprechen, wir sie sogar als Desaster für Pfinztais Zukunft sehen
  - 1 Mio für die Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs Söllingen und weitere Millionen im zweistelligen Bereich insgesamt – Stand heute!)
  - Gelder für eine zeitnahe Wiederbelebung der Traditionsgaststätte „Goldener Adler“ durch ein Mietverhältnis wurden abgelehnt
  - Streichung von Berateraufträgen (Gutachterkosten)

- Irritationen zur Standortsuche in Bezug auf die Planungen zum „Bolzplatz Kohlerwiese“.
- Viele Verschiebungen notwendiger Maßnahmen, die uns dann 2024 belasten werden

#### Andererseits

- enthält der Plan auch viele Chancen für gute Maßnahmen, die wir ausdrücklich positiv bewerten.
  - Mobilitätskonzept mit Radweg-, Parkraum- und Verkehrskonzept im Sinne der **3V**-Zielvorgabe aus dem Klimaschutzgesetz BW: Verkehr vermeiden, verlagern, verbessern
  - Entwicklung der Ortsmitten Söllingen und Berghausen
  - Entwicklung und Umsetzung einer Baumschutz- oder -förderkonzeption
  - Grunderwerb, um als Kommune selbst über die Entwicklung von Grundstücken im Sinne des GEK und den Vorgaben der Klimaoffensive zu bestimmen → Bauland-Strategie
  - Neuausrichtung des Sozialbüros mit Sozialkonzept, um unter anderem die gesellschaftliche Teilhabe tendenziell außenstehender Gruppen (z.B. Menschen mit Behinderung, im hohen Alter oder mit Pflegebedarf) im Sinne der Inklusion auszubauen
  - Renovierungsmaßnahmen für Schulen
  - Ausstattung von Schulen wie beantragt
  - Planungen eines weiteren Waldkindergartens unter neuer Trägerschaft.
  - Karlsruher Pass für Familien, um Teilhabe an Freizeitaktivitäten in Karlsruhe für Familien zu gewährleisten, die sich diese nicht leisten können.

Inwieweit eine demokratische Entscheidungsfindung zu akzeptieren ist, auf deren Grundlage weiter politisch gearbeitet werden muss, ist auch eine Gewissensfrage für jede einzelne Gemeinderätin und jeden einzelnen Gemeinderat.

Aus diesem Grund stimmen wir dem Haushaltsentwurf nicht einheitlich zu.

Kristin Frensch (Die Linke)

Monika Lüthje-Lenhardt (Bündnis 90/Die Grünen), Dezember 2021

## **Wirtschaftspläne Wasser / Abwasser für 2022 und 2023**

Bezüglich der **Daseinsfürsorge** stehen beispielhaft die Themen **Wasser und Abwasser**.

Dieses Jahr zeigte uns schmerzlich, wie wichtig intakte Wasser und Abwasserinfrastrukturen sind. Im Sommer hatten wir Starkregenereignisse mit heftigen Überschwemmungen. Die Kanalisation ist ein wesentlicher Bestandteil, um Regenwasser sicher und zuverlässig abzuleiten - zumindest so lange der Niederschlag im erwartbaren Bereich bleibt.

Wir müssen uns daher auch beim Abwasser an den Klimawandel anpassen und nötige Veränderungen planen und angehen. Dazu zählen nicht nur die Prüfung, Sanierung und ggf. Erweiterung der Kanalsysteme, sondern auch die Vermeidung von Abwasser, indem zum Beispiel Flächen entsiegelt werden und Regenwasser vor Ort genutzt wird. Wichtige Aufgaben übernehmen dann natürlich auch die Kläranlagen. Diese müssen auf neuem technischem Stand gehalten werden. Hier kommen in den nächsten Jahren viele Herausforderungen auf uns zu, die auch viel Geld kosten werden.

Beim Wasser sieht die Situation nicht anders aus. Wir sehen einerseits die Auswirkungen des Klimawandels mit sich verändernden Niederschlagsmengen - längere Trockenphasen, heftige Starkregenereignisse. Dies wirkt sich auf die Grundwasserneubildung einerseits, die Wasser-Nachfrage andererseits aus. Unsere Leitungen sind teilweise über 100 Jahre alt. In Berghausen mussten jetzt viele Rohrbrüche bei der Sanierung der B293 behoben werden. Dies war ein Grund für Bauverzögerungen, Ärger und Kosten.

Wir brauchen daher für die Wasser - und Abwasserversorgung einen Plan, ein **integriertes Konzept** wie wir deren Aufrechterhaltung möglichst effizient - und zwar kosten und personaleffizient - stemmen können. Hierfür fordern wir von der Verwaltung eine entsprechende Vorlage. Schaut man sich die Investitionsplanungen an, sehen wir hier noch deutliche Defizite. Aber wir sehen auch, dass mit der verfügbaren Personalkapazität nicht mehr geleistet werden kann. Daher stimmen wir beiden Wirtschaftsplänen zu Wasser und Abwasser 2022 und 2023 zu, mahnen aber die Herausforderungen ernst zu nehmen und hier einen Schwerpunkt zu legen. Denn Wasser- und Abwasserversorgung ist Daseinsvorsorge erster Güte und diesen Stellenwert muss es beim Handeln auch erhalten.

Kristin Frensch (Die Linke)

Monika Lüthje-Lenhart (Bündnis 90/Die Grünen), Dezember 2021